

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigeblatt der Stadt Geisenheim.

Fernsprecher Nr. 123.

Fernsprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 2 M — vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Expedition
abgeholt vierteljährlich 1 M 80 G.



Anzeigenpreis.
Der 6-gespaltenen Petitzeile oder deren Raum für Geisenheim 10 G;
außwärtiger Preis 15 G. — Reklamenpreis 50 G.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 36.

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Dienstag, den 25. März 1919.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

19. Jahrg.

Annahme des Verfassungs- entwurfs.

In der fortgesetzten Verfassungsdebatte der preussischen Landesversammlung am Donnerstag nahm das Wort der

Abg. Beerberg (Dnat.): Die Verordnungen der Regierung müssen wir gründlich nachprüfen. Der Erlaß von Verordnungen, als die Verfassung schon gewählt war, ist eine Mißachtung des Parlaments, wofür wir der Regierung keine Indemnität erteilen können.

Ministerpräsident Hirsch: Die Regierung ist der Meinung, daß sie den Wünschen des Volkes in weitestem Maße entsprochen hat. Der Vorschlag, die Verordnungen sofort der Landesversammlung zur Nachprüfung zu überweisen, ist praktisch undurchführbar. Im übrigen hat die Regierung die Nachprüfung ihrer demokratischen Verordnungen nicht zu fürchten, sie wünscht sogar nichts sehnlicher als eine Aussprache über diese Angelegenheit, in der Überzeugung, getan zu haben, was sie ganz einfach der tatsächlichen Lage entsprechend tun mußte. (Beifall.)

Abg. Dr. Leidig (D. Rp.): Wir erkennen das Recht auch einer Revolutionsregierung zum Erlaß von Verordnungen ohne weiteres an, bestritten aber der vorläufigen Regierung das Recht auf Erlaß von gesetzestraftigen Verordnungen, nachdem die Landesversammlung gewählt war.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Die Art, in der die Rechte der Verordnungsgebung der vorläufigen Regierung bekämpft, ist einfach gegenrevolutionär. (Widerpruch und Lachen rechts.)

Abg. Gräf (Soz.): Wenn man der vorläufigen Regierung einen Vorwurf machen will, dann muß man sagen, daß sie mit ihren Verordnungen längst nicht weit genug gegangen ist. Insbesondere hat sie versäumt,

mit der Landratswirtschaft aufzuräumen.

Zu § 7 b (Verordnungsrecht der Regierung im Interesse der öffentlichen Sicherheit oder Beseitigung des öffentlichen Notstandes während der Zeit, wo die Landesversammlung nicht zusammentreten kann) erklärt

Finanzminister Dr. Südekum: Die Regierung beabsichtigt nicht, finanzielle Fragen in das Verordnungsrecht einzubeziehen. Die Regelung der Uebernahme der

preussischen Eisenbahnen auf das Reich wird nicht in einem Augenblick erfolgen, wo das Haus nicht verammelt ist. Im übrigen wird diese Frage nur in Vereinbarung mit den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches gelöst werden.

Nachdem Abg. Dr. Leidig seinen Antrag begründet und Abg. v. Kries nochmals in der Eisenbahnfrage eine Anfrage an die Regierung gerichtet hat, erklärt

Finanzminister Dr. Südekum: Zurzeit sind Verhandlungen mit der Reichsregierung im Gange über die Ueberführung sämtlicher Staatsbahnen in das Eigentum und den Betrieb des Reiches. Diese Uebernahme soll im Wege des Vertrages geschehen, und zwar ist vorläufig in Aussicht genommen, daß die vertragliche Uebernahme bis zu irgendeinem noch zu bestimmenden Termin durchzuführen ist. Wird bis zu diesem Termin keine Vereinbarung getroffen, dann werden im Wege der Reichsregierung die Bedingungen der Uebernahme festgestellt werden, wobei aber die finanzielle Seite einem durchaus unparteiisch zusammengesetzten Schiedsgericht übertragen wird.

Nachdem Abg. Dr. Hergt erklärt hat, daß seine Freunde bei der Debatte über den Notetat auf die Eisenbahnfrage eingehend zurückkommen würden, wird der Rest des Gesetzes unverändert angenommen, desgleichen die Resolution des Ausschusses.

Zur dritten Lesung der Verfassungsvorlage erklärt Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Nachdem die Landesversammlung es abgelehnt hat, die Errungenschaften der Revolution durch Einordnung des Notetats in die Verfassung festzustellen, werden wir die vorläufige Verfassung ablehnen.

In der Spezialberatung wird zu § 4 ein Antrag Rade (Dem.), Dr. Leidig (D. Rp.) angenommen, wonach die früheren Rechte des Königs als Träger des landesherrlichen Kirchenregiments bis zum Erlaß der Landesverfassung auf einen von der Staatsregierung zu bestimmenden Staatsminister evangelischen Glaubens übergehen.

Nachdem das Gesetz in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen ist, erklärt

Ministerpräsident Hirsch: Nachdem das Gesetz über die vorläufige Ordnung der Staatsgewalt verabschiedet und dadurch die Möglichkeit geschaffen worden ist, eine verfassungsmäßige, auf dem geordneten Ausdruck des Willens des preussischen Volkes beruhende Regierung zu bilden, legt die vorläufige Regierung ihre Mandate, die sie aus der Revolution empfangen hat, in die Hand der gesetzlichen Vertreter des preussischen Volkes zurück.

Präsident Heinert hat darauf die Regierung, ihre Aemter so lange fortzuführen, bis er in die Lage gekommen wäre, eine neue Staatsregierung zu bilden, was Ministerpräsident Hirsch durch Kopfnicken zugab.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 1 Uhr. (Hörmliche Anfragen, u. a. über die Abtrennung der Rheinlande von Preußen.)

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs vollzogen.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung nahm Freitag vormittag seine Verhandlungen wieder auf mit dem Antrage des

Abg. Dr. Naumann (Dem.), dem Art. 1 folgenden Absatz zuzufügen:

Deutsch-Oesterreich tritt als Ganzes als ein Gliedstaat dem Deutschen Reich bei. Etwaige Abänderungen bestimmen die im Einvernehmen mit Deutsch-Oesterreich zu erlassenden Ausführungsgehalte.

Von den Abgeordneten aller Parteien: Dr. v. Delbrück, Dr. Goeber, Haase-Berlin, Dr. Helze, Dr. Naumann, Dr. Luard ist folgende Erklärung vorgelegt worden:

Der Verfassungsausschuß der verfassunggebenden Nationalversammlung begrüßt es als bedeutsamen Fortschritt auf dem Wege zur Vereinigung zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Oesterreich, daß zwei Regierungsvertreter aus Deutsch-Oesterreich an seinen Verhandlungen teilnehmen. Er erwartet, daß die Besprechungen der beiden Regierungen so rasch durchgeführt werden, daß auch Abgeordnete Deutsch-Oesterreichs an den Verhandlungen der Nationalversammlung über die Verfassung des Gesamtreiches noch teilnehmen können. Wir zweifeln nicht, daß die deutsche Reichsregierung der Zustimmung des ganzen Volkes sicher ist, wenn sie bei den Abmachungen auf die besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutsch-Oesterreichs Rücksicht nimmt.

Zur Begründung der Erklärung führt Abg. Dr. Naumann (Dem.) aus: Da wir von Deutsch-Oesterreich den Wunsch hören, in das Deutsche Reich aufgenommen zu werden, so muß aus Deutschland die Antwort hinüberhallen:

Ihr seid uns herzlich willkommen! Das ist der Sinn der Erklärung. Die Beratungen über unsere Verfassung müssen immerfort durchdrungen sein von dem Gedanken, daß Deutsch-Oesterreich nun zu uns gehört. Deshalb begrüßt die Erklärung zuerst die Mitarbeit deutsch-oesterreichischer Regierungsvertreter am Verfassungsausschuß und spricht zweitens den Wunsch aus, daß bald auch deutsch-oesterreichische Volksvertreter mit uns hier zusammen tagen und beraten sollen. Drittens erklären wir gemeinsam und öffentlich, daß wir auf die besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutsch-Oesterreichs Rücksicht nehmen wollen. Wir alle betrachten die Deutsch-Oesterreicher als Brüder und erwarten von den beiderseitigen Unterhändlern, daß sie nicht nur Händler und Rechner sind, sondern das Herz mitbringen lassen und der Zukunft der Nation dienen. Den Forderungen der Entente gegenüber ist es unsere Pflicht, den Deutsch-Oesterreichern mit größter Deutlichkeit als bisher zu sagen, wie sie bei uns aufgenommen werden.

Vertreter des auswärtigen Amtes, Birkl, Geh. Rat v. Köerner gibt vertraulich Auskunft über die Verhandlungen mit den Vertretern Deutsch-Oesterreichs.

Vertreter Deutsch-Oesterreichs Dr. Ludo Hartmann dankt für die freundliche Begrüßung und für die Erklärung des Ausschusses. Er hebt in seinen weiteren Ausführungen hervor, in wie brüderlichem Geist seitens des auswärtigen Amtes, insbesondere von Erzelsenz v. Köerner die Verhandlungen geführt worden seien. (Beifall.) Köerner verweist darauf, daß die berufenen Vertreter Deutsch-Oesterreichs schon in gesetzlicher Form erklärt hätten, daß Deutsch-Oesterreich ein Gliedstaat des Deutschen Reiches sei.

Präsident Haubmann dankt für die wichtigen Ausführungen und für die Erklärungen des auswärtigen Amtes, welche unsere Erklärung rechtfertigen und ergänzen. Der größte Eindruck werde erweckt werden, wenn diese Erklärung ohne Diskussion angenommen werde und dadurch als Ausdruck unserer Ueberzeugung erscheine.

Die Annahme der Erklärung erfolgt durch die Stimmen sämtlicher Anwesender. (Beifall.)

Präsident Haubmann: Ich stelle die einstimmige Annahme der Erklärung fest mit der Bitte, es möchte die hier niedergelegte Sympathie nach Oesterreich mitgeteilt werden. Wir nehmen den Wunsch baldigen Zusammenarbeitens in fester Erwartung. Anstelle des 1918 gesprochenen Wortes von der Vertiefung des Bündnisses ist die bestimmte Erwartung von der Erhöhung des gemeinsamen Gesamtstaates getreten, der uns vereinigen und uns ein großdeutsches Vaterland bringen soll. (Beifall.)

Die Lebensmittelversorgung.

Keine wesentliche Besserung.

Ueber die Befestigung der Versorgung Deutschlands nach der Realisierung des Brüsseler Abkommens werden von autoritativer Seite noch folgende Mitteilungen gemacht:

Im günstigsten Falle werden wir eine andere Ausmahlung und dadurch eine Steigerung des Nährgehaltes des Brotes erreichen. Die über die garantierte Menge hinausgehenden Zufuhren werden uns allenfalls in den Stand setzen, einige Mehlaufgaben zu gewähren.

Man darf nicht vergessen, daß unsere inländische Getreidemenge spätestens Ende Mai aufgebraucht gewesen wäre. Etwas günstiger stehen unsere Vorräte gegen frühere Jahre in Rohmitteln. Es sind ziemlich erhebliche Mengen an Haferstroh, Gerste usw. vorhanden, so daß wir in den nächsten Monaten in der Lage sein werden, in diesen Produkten etwas mehr als sonst zu verteilten.

Ähnlich wie in der Brotversorgung liegen die Dinge bei der Fettabgabe. Die Fettlieferungen, die uns die Entente garantiert hat, werden im großen und ganzen dazu ausreichen, den Ausfall an Butter wieder wettzumachen, der Monat für Monat in immer höherem Maße festzustellen ist und der auch weiterhin anhalten wird. Das Viehfutter ist immer schlechter und knapper geworden und auch die Milchviehbestände sind Woche um Woche weiter zurückgegangen, was natürlich die Butterproduktion fortgesetzt heruntergedrückt hat.

Es muß damit gerechnet werden, daß der Rückgang der Milch- und Butterproduktion in der nächsten Zeit einen besonders hohen Grad erreichen wird. Eine absolute Besserung der Fettversorgung ist höchstens zu erwarten, wenn es uns gelingt, in den nächsten Monaten in dieser Beziehung noch andere Hilfsquellen zu eröffnen, als die das Brüsseler Abkommen vorsieht. Die Aussichten dafür sind zwar schwach, aber sie sind vorhanden.

Die Gefahr für Danzig.

In der Vollziehung der Waffenstillstandskommission in Spa teilte Rudant mit, daß die Entente den deutschen Vorschlag ablehne, die polnischen Truppen statt in Danzig in Königsberg, Memel oder Albau zu landen. Die interalliierte Kommission in Warschau sei vielmehr beauftragt worden, alle Vorbereitungen für die Landung der Truppen in Danzig zu treffen. Die deutsche Regierung werde zu diesem Zweck ersucht, den Mitgliedern der Kommission die dazu nötige Verkehrsfreiheit einzuräumen.

Die deutsche Regierung lehnt ab.

General v. Hammerstein wies darauf hin, daß die deutsche Regierung ihren Standpunkt in vorliegender Frage wiederholt kundgegeben hat. Artikel 16 des Waffenstillstandsvertrages 1918 gebe der Entente nicht das Recht, die Landung der polnischen Truppen in Danzig zu fordern. Aber abgesehen von der Auslegung dieses Artikels würde die Landung der polnischen Truppen Unruhen unter der Bevölkerung östlich der Weichsel hervorrufen, was dem Geist dieser Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages widerspreche.

Aus zahlreichen Mitteilungen gehe hervor, daß die dortige polnische Minderheit die Landung als Signal betrachten werde, um mit Unruhen und Agitationen zu beginnen. v. Hammerstein fuhr fort:

„Die deutsche Regierung hat mich offiziell ermächtigt, zu erklären, daß sie eine Landung polnischer Truppen in Danzig nicht wünscht.“

Demgemäß ist es auch nicht erforderlich, daß alliierte Offiziere die Frage dieser Landung in Danzig prüfen. Das Anerbieten wegen der Häfen Memel, Albau und Königsberg bleibt bestehen.

Rudant erwiderte, die vorgebrachten Gründe für die Ausschaltung Danzigs könnten von den Alliierten nicht angenommen werden. Im übrigen könne diese Frage nicht gleichzeitig in Posen und Spa behandelt werden. Die interalliierte Kommission in Posen besitze die notwendigen Vollmachten zu ihrer Erledigung, und seine soeben gemachte Mitteilung sei nur die Wiedergabe des Befehls, den die Posener Kommission erhalten habe.

General v. Hammerstein betonte, daß gegenwärtig in Danzig und Westpreußen Ruhe herrsche. Eine Notwendigkeit, in Danzig Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu landen, könne also nicht anerkannt werden. Die deutsche Regierung habe angeordnet, daß sämtliche Fragen betreffend die Landung polnischer Truppen in Danzig durch die Waffenstillstandskommission in Spa erledigt werden, wie dies Artikel 34 des Waffenstillstandsvertrages vorsieht.

Bekanntmachung.

Nach Mitteilung des Herrn militärischen Kreisverwalters ist der Verkehr der Einwohner innerhalb der Kreise Rheingau und Wiesbaden-Land von jetzt an ab 4 Uhr vorm. erlaubt. An der Bestimmung, daß der Aufenthalt auf Straßen und Plätzen der Stadt nach 10.30 Uhr für Jugendliche unter 18 Jahren nach 8 Uhr abends, verboten ist und die Wirtschaften 10 Uhr abends zu schließen sind, tritt keine Änderung ein.

Geisenheim, den 21. März 1919.

Der Magistrat.
Dr. Schneider.

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 26. ds. Mts., vormittags von 8 1/2 — 12 und nachmittags von 2 — 6 Uhr kommen an der hiesigen Eisenbahn

Dickwurz

zum Preise von 6.50 pro Zentner zum Verlaufe. Bezugsscheine hierzu werden am gleichen Tage im Rathause (Stadtasse) ausgegeben.

Geisenheim, den 24. März 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 27. ds. Mts., nachmittags von 2 — 6 Uhr kommen im Bollmer'schen Anwesen (früher Druckerei Schneid) folgende Artikel markenfremd zum Verlaufe:

Spinat in Dosen per Stück 80 Pfg.
Tomaten " " 3.50 Mk.
Getrocknete Zwiebeln das 1/4 Pfund zu 4 Mk.
Ei-Ersatz Stück 10 Pfg.
Mandelnußgebäck-Pulver per Paket 20 Pfg.
Bouillonwürfel per Stück 3 Pfg.
Herdpfanz-Pulver „Onil“ per Paket 20 Pfg.

Diejenigen Weinbergsbesitzer und Winzer, welche Kupfererz und Schwefel von der Gemeinde beziehen wollen, mögen ihren Bedarf vom 26./III.—3./IV. auf hiesigem Rathause (Wirtschaftsamt) melden.

Geisenheim, den 25. März 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Von Samstag, den 29. ds. Mts. an kommen in den Kolonialwarenhandlungen

Leigwaren, Gerstensuppe, Graupen und Haferflocken

zum Verkauf.

Auf die Person entfallen:

Auf Feld 13 der neuen Lebensmittelliste
90 Gramm Leigwaren zum Preise von 13 Pfg.
35 Gerstensuppe " 7

Auf Feld 14 der neuen Lebensmittelliste
50 Gramm Haferflocken zum Preise von 9 Pfg.
75 Graupen " 8

Familien, mit durchstrichenen Lebensmittellisten — Selbstversorger — werden bei Feld 14 nicht berücksichtigt.

Die Vorlage der Karten zwecks Abtrennung der Bezugsabschnitte hat am Mittwoch, den 26. ds. Mts. zu erfolgen. Spätere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Mittwoch, den 26. ds. Mts. gelangen die

Fleischkarten

in folgender Reihenfolge zur Ausgabe.

Für die Inhaber der Lebensmittelliste:

Nr. 1—150 391—530 751—850 von 9—10 Uhr
" 151—300 531—660 851—960 " 10—11 "
" 301—390 661—750 961—1035 " 11—12 "

Die Karten sind mit Namen und Lebensmittellistennummern zu versehen, da unvollständige Karten bei der Fleischabgabe zurückgewiesen werden.

Bei Empfang der Karten sind die alten Lebensmittellisten vorzulegen.

Geisenheim, 24. März 1919.

Der Magistrat.

Necker- u. Weinbergverkauf.

Am Montag, den 31. März, vorm. 11 Uhr, läßt Herr Heinrich Fick im Gasthaus Scholl, Marktstraße die nachstehend bezeichneten Necker:

Vorderer Steinacker, 1 Morgen, 66 Ruten, 76 Schub,
Hinterer Steinacker, 1 Morgen, 75 Ruten, 4 Schub,
Ackergrub, 62 Ruten,

Weihen (Weinbergswust), 84 Ruten 56 Schub,
Aies, mit 15 Nußbäumen bepflanzt,
1 Morgen, 60 Ruten, 32 Schub,

in einzelnen Parzellen sowie einen

Weinberg im Gericht, (an der Winkeler Landstraße),
31 Ruten, 56 Schub,

unter günstigen Bedingungen zum Verlaufe ausbieten.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der
Geisenheimer Zeitung (18. Jahrg.)
Exp.: Winkeler Landstraße 53b
Fernsprech-Anschluss Nr. 123.



Todes-Anzeige.

Hierdurch die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber, unvergeßlicher Sohn, Bruder und Neffe

Peter

nach langem, schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden, öfters gestärkt durch die hl. Sterbesakramente im Alter von 14 Jahren sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Fam. Heinr. Köhler.

Geisenheim, England und Lorch,
den 23. März 1919.

Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittag 3 Uhr, das Traueramt Freitag Morgen 7 1/4 Uhr statt.

Buch- und Kunstdruckerei

Arthur Jander

Verlag der Geisenheimer Zeitung



Alle Drucksachen

für den privaten Bedarf,
für Handel, Industrie und
Gewerbe, sowie Behörden

F. W. Kinkel, Gerberei und Lederfabrik

Heidesheim (Rheinhessen) und Mainz

übernimmt das Gerben von Grosshäuten,
sowie von Kalb-, Ziegen- und kleinen Fellen.

Ankauf v. Rohhäuten u. Fellen

in jedem Umfange.

Fabrikation von Lederwaren,
Spezialität: Kump, Geschirre, Treibriemen,
Massenartikel.

Formulare für Gesuche um

Transportgenehmigung

in das unbefestigte Gebiet, sind zu haben in der
Buchdruckerei Arthur Jander
Fernsprecher 123.

F. J. Petry's Zahn-Praxis

Gegründet 1898 Bingen a. Rh., Neubau Mainzerstr. 5b/10

Neu! Petry's Patent-Gebissfesthalter. Deutsches Reichspatent.

Oberersatzstücke mit diesem Sauger gefertigt, halten unbedingt fest. Die Petry Patent-Festhalter können auch in jedes alte Gebiss Oberersatzplatte angebracht werden. Preise billigst! Spezial: Goldkronen aller Systeme. Unsichtbare Porzellan-Plomben. Schmerzloses Zahnziehen in Narkose. Füllen der Zähne und Reinigen nach den neuesten Erfahrungen der Wissenschaft.

Institut St. Josef

Geisenheim a. Rh.

10 klass. höh. Mädchenschule und
Haushaltungskursus.

Anmeldungen nimmt entgegen
die Oberin der Ursulinen.

Eröffnung der Ausstellung

meiner neuen Frühjahrs-
und Sommer-Hüte

Ludwigstr. 1
S. Gompertz
Mainz
Telefon 1595

Umarbeitungen werden
preiswert ausgeführt.

Trauerhüte, Schleier, Federboas.

Morgen früh 8 Uhr
lade an der Bahn
1 Waggon

Dickwurz

per Str. 6 Mk., aus.
Frau Joh. Bach.

Hotel, Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Cäcilie
Geisenheim.

Vereinslokal: Andr. Ober
Mittwoch Abend 7 Uhr:
Gesangstunde.
Pünktliches u. vollständiges
Erscheinen erwartet
Der Dirigent.

Mädchen

für tagsüber ab 1. April
ge sucht.
Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle.

In Näharbeiten

empfehlen sich
Minna Kilian.
Feldstraße 6. I. St.

Weinbergs- Pfähle

gesägte, billige eingetroffen,
sowie Bretter in allen
Längen, von 3, 2, 1, 50 Mtr.
Brennholz p. p.
Bringe Bohlenstangen in
empfehlende Erinnerung.
E. Dillmann.

Kapitalien

in jeder Höhe auf gute
Hypothenen auszuleihen
Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle.

Eierlegepulver GRACO
Geflügel- und Kanin
Literatur

empfiehlt
Pet. Jos. Klein, Gei-
senheim, Steinhstr. 5.

Vergeßet nicht die
sofortige Rückgabe
abgelaufener
Ausweiskarten!

Prima Schöfferhof
Flaschenbier
A. Bach (zur Krone)



Jeder Stiefelputzer
in der Stadt
Erdal - Schuhkrem
im Kasten hat

Erdal

schwarz - gelb - braun

Alleinhersteller:
Werner & Mertz, Mainz

Alle Sorten Gemüse

stets frisch, ferner feinsten
Lafelsen, Döfena Fleisch-
extrakt Ei-Spulpulver und
Backpulver.

Von jetzt ab wieder
wöchentlich 2 mal
frische Hefe.

Frisch eingetroffen:

Sauerkraut
Frische und eingemacht
Rote Rüben

eingetroffen.

Frau Rothhaupt
Marktstraße.

Neu-Bestellungen

auf die

Geisenheimer Zeitung

werden angenommen von den Trägern und in der
Geschäftsstelle der
Geisenheimer Zeitung